



STADT BECKUM

Niederschrift

**über die öffentliche / nichtöffentliche Sitzung des Rates
der Stadt Beckum**

**in der Aula der Antoniuschule, Antoniusstraße 5 - 7,
59269 Beckum
am 21.08.2007**

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Rates am 19.06.2007 - öffentlicher Teil -
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Folgeabschätzung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz), Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Beckum
Vorlage: 0676/2007
5. Stadtentwicklungskonzept Beckum
Anträge der SPD-Fraktion vom 31.07.2007 und vom 23.01.2006
Vorlage: 0332/2006/1
6. Anordnung der sofortigen Vollziehung zur gleitenden Auflösung der Antoniuschule und der Ketteler-Grundschule
Vorlage: 0673/2007/1
7. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Beckum zum Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen
Vorlage: 0672/2007
8. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe zur Erstellung eines Einzelhandelskonzeptes
Vorlage: 0658/2007
9. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe für den Radweg Vellerner Straße
Vorlage: 0667/2007
10. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe und einer erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Umbau des Fahrradkellers zu einer Mensa im Albertus-Magnus-Gymnasium
Vorlage: 0671/2007
11. Unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben im II. Quartal 2007
Vorlage: 0674/2007
12. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

1. Niederschrift über die Sitzung des Rates am 19.06.2007 - nichtöffentlicher Teil -
2. Bericht des Bürgermeisters
3. Anfragen

Anwesenheitsliste:

Anwesend:

Vorsitz

Herr Dr. Karl-Uwe Strothmann

CDU-Fraktion

Herr Erhard Bütke

Herr Alfons Dierkes

Frau Theresia Gerwing

Herr Rudolf Goriss

Frau Dagmar Halbach-Thien

Frau Barbara Heckmann

Herr Werner Knepper

Herr Stefan König

bis 19.45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Herr Joachim Mücke

Herr Thomas Reinkemeier

bis 19.45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Herr Bernard Schnell

Herr Lothar Stumpfenhorst

Frau Annette Twenhöven-Ruhmann

Herr Paul Tyrell

Herr Heinz-Josef Wiedeking

Herr Helmut Wittek

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rudolf Grothues

Herr Otto Gubbe

Frau Birgit Harrendorf-Vorländer

Herr Karsten Koch

Herr Hubert Kottmann

Herr Albert Pott

Herr Peter Redegeld

Herr Erwin Sadlau

bis 19.52 Uhr, Tagesordnungspunkt 3.
nichtöffentlicher Teil

Frau Maria Sudbrock

Herr Peter Tripmaker

FWG-Fraktion

Frau Eva Maria Gerke

Herr Heinz Haske

Frau Ulrike Rehbock

Herr Gregor Stöppel

bis 19.45 Uhr, Ende öffentlicher Teil

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Karin Burtzlaff

Frau Monika Gerber

Frau Jutta Linnemann

FDP-Fraktion

Herr Karl-Heinz Przybylak

Herr Tobias Tarner

Frau Elisabeth Wieschebrink

Verwaltung

Frau Barbara Urch-Sengen
Herr Karl-Heinz Vanheiden
Herr Rudolf Meyer
Frau Mechthild Cappenberg
Herr Bernd Matuszek
Herr Heiko Deichmann
Frau Hannelore Kirchberger
Herr Karsten Vehrenkemper als Schriftführer

Nicht anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Dieter Beelmann
Herr Christoph Pundt

SPD-Fraktion

Frau Sigrid Himmel
Herr Theodor Lückemeyer

FWG-Fraktion

Herr Wolfgang Scholz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Angelika Grüttner-Lütke

Verwaltung

Herr Holger Klaes

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:57 Uhr

Protokoll:

Bürgermeister Dr. Strothmann eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Ratsmitglied Stöppel beantragte, den Tagesordnungspunkt 10 – Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe und einer erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Umbau des Fahrradkellers zu einer Mensa im Albertus-Magnus-Gymnasium – von der Tagesordnung abzusetzen. In dieser Angelegenheit seien sowohl haushaltsrechtliche als auch inhaltliche Aspekte zu betrachten. Dies solle nicht getrennt voneinander erfolgen. Vor der Entscheidung über die Bereitstellung der Haushaltsmittel solle eine umfassende Beratung im Schul-, Kultur- und Sportausschuss erfolgen. In der Angelegenheit bestehe kein Zeitdruck, so dass die Entscheidung über die Bereitstellung der Haushaltsmittel durchaus in der nächsten Sitzung getroffen werden könne.

Bürgermeister Dr. Strothmann wies darauf hin, dass die zuständige Fachbereichsleiterin Frau Cappenberg den Fraktionen auf die Anfrage der FDP-Fraktion hin am gestrigen Tage per E-Mail eine umfangreiche Antwort zur Verfügung gestellt habe. Er schlug vor, dass Frau Cappenberg zunächst die Gelegenheit bekommen solle, diese Informationen noch einmal umfangreich darstellen zu können. Dann könne auch unter diesem Tagesordnungspunkt noch darüber entschieden werden, ob er tatsächlich abgesetzt werden solle.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, die Informationen von Frau Cappenberg seien bekannt und auch in der gestrigen Fraktionssitzung mit behandelt worden. Jedoch sei das gesamte Thema sehr umfangreich und somit nur schwierig in so kurzer Zeit aufzuarbeiten. Daher solle die Behandlung der Angelegenheit verschoben werden.

Ratsmitglied Koch sprach sich gegen eine Absetzung der Angelegenheit von der Tagesordnung aus. Zumindest solle der Vortrag von Frau Cappenberg gehört werden. Im Ergebnis sei die Angelegenheit eigentlich nicht so kompliziert und die Notwendigkeit liege auf der Hand. Zudem sei eine detaillierte Besprechung der Angelegenheit im Schul-, Kultur- und Sportausschuss vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Tagesordnungspunkt 10 – Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe und einer erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Umbau des Fahrradkellers zu einer Mensa im Albertus-Magnus-Gymnasium – wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt Ja 4 Nein 33 Enthaltung 0

Öffentlicher Teil

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Anfragen wurden nicht gestellt.

2. Niederschrift über die Sitzung des Rates am 19.06.2007 - öffentlicher Teil -

Einwendungen wurden nicht erhoben.

3. Bericht des Bürgermeisters

a) Feierliche Ratssitzung am 30.08.2007

Bürgermeister Dr. Strothmann wies darauf hin, dass alle Ratsmitglieder bereits über die feierliche Ratssitzung informiert worden seien. Er bat herzlich um die Teilnahme möglichst aller Ratsmitglieder. Eine gesonderte Einladung werde nicht ergehen. An der Sitzung in der Aula des Berufskollegs würden unter anderem auch der Rat der Stadt Grodków und Vertreter aus den beiden anderen Partnerstädten teilnehmen.

b) Beauftragte für Menschen mit Behinderungen

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, am 09.01.2007 habe die Ratsfraktion „Bündnis90/Die Grünen“ den Antrag zur Einrichtung einer Stelle „Behindertenbeauftragte/r“ bei der Stadt Beckum gestellt. Nach Verabschiedung des Behindertengleichstellungsgesetzes sollten notwendige Veränderungen und Verbesserungen nicht nur auf Bundesebene sondern auch auf kommunaler Ebene vorangetrieben werden. Die Ansprechpartnerin oder der Ansprechpartner für die Menschen mit Behinderungen vor Ort sollte dafür Sorge tragen, die Lebensbedingungen dieser Bevölkerungsgruppe zu verbessern, Toleranz untereinander zu fördern und die Gleichberechtigung behinderter Menschen steigern. Die bzw. der Beauftragte solle als Bindeglied zwischen behinderten Menschen, Politik und Verwaltung sowie den örtlichen Selbsthilfeverbänden fungieren. In den letzten Monaten sei verwaltungsintern ein Stellenprofil erarbeitet, eine Arbeitsplatzbeschreibung erstellt und die notwendigen Gremien zur Installation dieser Stelle beteiligt worden. Die Aufgabe der „Beauftragten für Menschen mit Behinderungen“ werde seit dem 01.08.2007 mit einem Zeitanteil von 9 Stunden pro Woche von Frau Methner wahrgenommen. Das konkrete Stellenprofil sehe vor, dass der konzeptionelle Aufbau der kommunalen Behindertenplanung in Angriff genommen, die Bedarfe der Menschen mit Behinderungen vor Ort analysiert, die Belange dieser Klientel bei allen wichtigen städtebaulichen Vorhaben berücksichtigt, die Barrierefreiheit beachtet und die Teilhabemöglichkeiten verbessert, die Zusammenarbeit der Fachbereiche untereinander zu behindertenrelevanten Themen gesichert und die Öffentlichkeit der Thematik hergestellt werde. Frau Methner werde im zuständigen Ausschuss für Familie, Frauen, Soziales und Menschen mit Behinderungen in der Sitzung am 22.11.2007 vorgestellt werden.

c) Anfrage der SPD-Fraktion zur Auswirkungen einer möglichen Reduzierung des Gewerbesteuerhebesatzes der Stadt Beckum für den städtischen Haushalt 2007 vom 16.07.2007

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, die SPD-Fraktion nehme in ihrem Antrag Bezug auf einen Bericht in der Tageszeitung „Die Glocke“ vom 12.07.2007 zum Thema Gewerbesteuer mit der Überschrift „Oelde bietet Wirtschaft beste Bedingungen im Kreis“. In diesem Artikel würden die Recherchen der IHK Nord-Westfalen zum Gewerbesteuerhebesatz bekannt gegeben. Nach dem Ergebnis der Recherche schneide Oelde bei der Höhe der Gewerbesteuer mit 390 Punkten im

Kreis Warendorf am Besten ab. Beckum lege wie neun weitere Kommunen aus dem Kreis den sogenannten fiktiven Hebesatz von 403 Punkten zugrunde. Die höchsten Hebesätze lege Warendorf mit 424 und Ahlen mit 425 Punkten zugrunde. Die SPD-Fraktion habe nun angefragt, wie hoch der Verlust für den städtischen Haushalt im Jahre 2007 sei, wenn der Gewerbesteuerhebesatz auf 399, 390 bzw. 389 Punkte gesenkt werde. Unter Berücksichtigung der Gewerbesteuerumlage würde nach jetzigem Stand die Verschlechterung bei einer Senkung auf 399 Punkte rund 152.900 €, auf 390 Punkte rund 497.000 € und auf 389 Punkte rund 535.700 € betragen.

d) Anträge der CDU-Fraktion vom 19.08.2007 und der SPD-Fraktion vom 21.08.2007 zum Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, das Landesprogramm sei in einer Dienstbesprechung bei der Bezirksregierung im Juni dieses Jahres angekündigt worden. Da sich im Bereich der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) gezeigt habe, dass es in jedem Schuljahr eine Anzahl von Kindern gebe, die aufgrund der finanziellen Lage ihrer Eltern nicht am Mittagessen teilnehmen könnten bzw. die an den Mahlzeiten teilnehmen würden, aber die Kosten nicht tragen könnten und so ein Defizit beim Träger der OGS (Mütterzentrum) erzeugen, habe sich der Fachdienst Schule und Sport bereits mit den Möglichkeiten der Zuwendungsrichtlinien vertraut gemacht. In der kommenden Woche sei ein Gespräch mit dem Mütterzentrum und dem Fachdienst Kinder- und Jugendhilfe vorgesehen. Das Thema solle in der nächsten Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 11.09.2007 ausführlich behandelt werden. Ausgehend von Schätzungen nach den Erhebungen zur Einkommensberechnung für die Elternbeiträge könnten in Beckum etwa 80 Kinder betroffen sein.

Mit dem Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit!“ richte die Landesregierung zunächst für einen Zeitraum von zwei Jahren ein Instrument zur Bekämpfung von Kinderarmut und zur Unterstützung der Kommunen und der bedürftigen Kinder und Jugendlichen im Umfang von 10 Mio. € ein. Gegenstand der Förderung sei die Teilnahme von Bedürftigen Kindern und Jugendlichen an der Mittagsverpflegung im Rahmen der OGS oder der gebundenen Ganztagschule der Sekundarstufe I. Letztere sei in Beckum bisher nicht eingerichtet. Als bedürftig anzusehen seien in der Regel Kinder, die Leistungen nach SGB II, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder deren Elternbeiträge im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe nach § 90 SGB VIII übernommen würden. Ein Rechtsanspruch bestehe nicht. Die Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendungen seien ein Beschluss des Schulträgers zur Teilnahme, die Bedürftigkeit der geförderten Kinder, das Einverständnis der Eltern zur Offenlegung der Bedürftigkeit und eine regelmäßige Mittagsverpflegung an Tagen mit OGS-Betrieb. Bei angenommenen Ausgaben von 500 € pro Kind und Jahr würden das Land 200 €, die Stadt 100 € und die Eltern 200 € tragen. Der mögliche Landeszuschuss würde sich daher bei 80 Kindern auf 16.000 € pro Schuljahr belaufen. Damit sei die Bagatellgrenze für Landeszuweisungen überschritten. An städtischen Haushaltsmitteln seien damit 8.000 € pro Schuljahr erforderlich. Im laufenden Jahr würden hierfür außerplanmäßig noch 3.400 € benötigt. Der Start des Programms sei am 01.08.2007, die Förderrichtlinien seien am 16.08.2007 eingegangen und der Antragsschluss sei am 30.09.2007. Über die Teilnahme an dem Landesprogramm solle in der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 11.09.2007 entschieden werden

e) Jubiläum

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, Ratsmitglied Koch habe kürzlich seine 500ste Fraktionssitzung als Vorsitzender der SPD-Fraktion geleitet. Er gratulierte ihm herzlich zu diesem Jubiläum und würdigte die engagierte ehrenamtliche Tätigkeit.

**4. Folgeabschätzung des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz), Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Beckum
Vorlage: 0676/2007**

Herr Matuszek informierte anhand des der Niederschrift als Anlage 1 beigefügten Vortrags zum Kinderbildungsgesetz.

Während des Vortrags wies er darauf hin, dass der auf Seite 3 der Vorlage unter „Aufbringung der Betriebskosten“ genannte tatsächliche Finanzierungsanteil der Eltern nicht 17,5 sondern 16,5 % betrage. In diesem Zusammenhang beantwortete er eine zusätzliche Nachfrage von Ratsmitglied Koch. Ohne die beschlossene Erhöhung der Elternbeiträge würde der Elternanteil momentan 13,7 % betragen. Unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Betriebskosten nach dem Kinderbildungsgesetz würde das Elternbeitragsaufkommen rund 13 % betragen.

Ratsmitglied Koch führte aus, es habe einen Konsens zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, den Spitzenverbänden und den Trägern gegeben, der im Februar 2007 vorgestellt worden sei. Der letztlich eingebrachte Gesetzentwurf habe hiermit nicht mehr viel zu tun. Nun würden die Trägerverbände und die Erzieherinnen „auf die Barrikaden“ gehen, da das neue Gesetz große Verwerfungen zur Folge haben werde. Das Gesetz unterstelle fiktiv einen Elternanteil von 19 %. In der Masse der Kommunen werde dieser Wert nicht erreicht. Mit der bereits beschlossenen Erhöhung der Elternbeiträge um 20 % müssten die Eltern dann ca. 40 % im Vergleich zum bisher gültigen Gesetz bezahlen. Ratsmitglied Koch kritisierte, dass das neue Gesetz ein reines Finanzierungsgesetz sei. Es bedeute eine Schlechterstellung im Vergleich zum bisher gültigen Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder (GTK). Seiner Auffassung nach solle das gut funktionierende GTK ausgebaut werden.

Ratsmitglied Linnemann erklärte, der Gesetzentwurf müsse nachgebessert werden. In dieser Form werde der Bedarf der Familien nicht gedeckt. Die Elternbeteiligung werde voraussichtlich steigen und somit die Eltern zusätzlich belasten.

Ratsmitglied Knepper erklärte, die Landesregierung habe eines der modernsten Gesetze in diesem Bereich eingebracht. Große Problembereiche wie die Integration behinderter Kinder und die Förderung von Kindern mit Sprachproblemen würden konsequent angegangen. Letztlich bestehe auch die Notwendigkeit einer Neureglung vor dem Hintergrund steigender Kosten für die Kindergartenplätze. Die Einrichtungen hätten zum Teil den gesellschaftlichen Wandel nicht mit vollzogen. Im Übrigen wies er darauf hin, dass der fiktive Elternanteil von 19 % bereits im GTK Gültigkeit habe. Des Weiteren erklärte er, dass die erfolgte Anpassung der Elternbeiträge notwendig und richtig gewesen sei. Das Kinderbildungsgesetz solle jedoch in der Umsetzung nicht zu höheren Elternbeiträgen führen. Zusammenfassend stellte er fest, dass das Kinderbildungsgesetz die große Chance biete, bessere Leistungen zu erbringen.

Ratsmitglied Wieschebrink betonte, dass der Gesetzentwurf auf einem Konsenspapier basiere. Am 28. und 29. August werde eine Expertenanhörung mit

über 40 Sachverständigen stattfinden. Hier könnten dann entsprechende Änderungsvorschläge eingebracht werden. Letztlich werde im laufenden Gesetzgebungsverfahren die Frage der Finanzierbarkeit kritisch beleuchtet. Zugleich eröffne der Gesetzentwurf neue Möglichkeiten. Im Übrigen hoffe man auf Dauer möglichst eine Senkung der Elternbeiträge herbeiführen zu können.

Ratsmitglied Koch machte deutlich, dass das gut funktionierende GTK durch ein Gesetz ersetzt werden soll, das alle Beteiligten schlechter stelle. Zudem sei es von Anfang an unterfinanziert, wie zum Beispiel im Bereich der Sprachförderung. Zu diesem Zweck werde eine Gruppe mit nur 340 € pro Jahr bezuschusst. Letztlich müsse die Einführung des Gesetzes verhindert werden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Wiedeking erklärte Herr Matuszek, dass durch die Neuregelungen des Kinderbildungsgesetzes Mehrausgaben von insgesamt 172.770 € auf die Kommunen zukommen würden. Unter Berücksichtigung der auch entstehenden Minderausgaben verbleibe ein Betrag von maximal 30.000 bis 40.000 € pro Jahr.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, es werde eine gewisse Planungssicherheit benötigt. Insofern müsse das Buchungsverhalten der Eltern eingeschätzt werden, um Grundlagen für die Planungen zu erhalten.

Herr Matuszek führte aus, hierzu werde man keine zuverlässigen Aussagen treffen können, solange die Beiträge nicht bekannt seien. Wichtig sei zunächst zu wissen, wie die Ausgaben zukünftig verteilt werden sollten.

Beschlussvorschlag:

Die Ausführungen der Verwaltung zum Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz -KiBiz-) werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

5. Stadtentwicklungskonzept Beckum Anträge der SPD-Fraktion vom 31.07.2007 und vom 23.01.2006 Vorlage: 0332/2006/1

Herr Deichmann erklärte im Rückblick auf das Stadtentwicklungskonzept 2005, dass eine solche Konzeption auch in der Folge zeitnah hinterfragt und regelmäßig fortgeschrieben werden müsse. Dies sei bei dem Stadtentwicklungskonzept 2005 zuletzt im Jahre 1997 und in Ansätzen im Jahre 1999 erfolgt. Im Weiteren beschrieb er den weiteren Ablauf anhand der dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügten Folien. Letztlich solle eine Lenkungsgruppe bestehend aus Vertretern des Rates und der Verwaltung gebildet werden, die das weitere Vorgehen festlegen solle. Die Auftaktveranstaltung solle Ende September oder Anfang Oktober diesen Jahres stattfinden.

Ratsmitglied Koch erklärte, seit der Antragstellung durch die SPD-Fraktion im Januar 2006 und der einstimmigen Beschlussfassung durch den Rat am 30.03.2006 sei in dieser Angelegenheit nichts passiert. Über diese Art der Behandlung des Antrags sei die SPD-Fraktion sehr ärgerlich und fühle sich schlecht behandelt. Letztlich sei die Einberufung einer Lenkungsgruppe nicht der richtige Weg. Die Stadt Oelde habe

vorgemacht, wie ein solcher Prozess ablaufen müsse. Vor der Einbeziehung des politischen Raumes müsse von der Verwaltung ein schlüssiges Grundgerüst erstellt werden.

Bürgermeister Dr. Strothmann führte aus, er stehe nach wie vor dazu, dass das Stadtentwicklungskonzept fortgeschrieben bzw. neu konzeptioniert werden müsse. Eine Reihe von aktuellen Angelegenheiten im zuständigen Fachbereich hätte eine Bearbeitung bisher jedoch nicht möglich gemacht. Er nannte beispielhaft die Entwicklung des Freizeit- und Tourismuskonzepts, die Entwicklung des Tutenbrockgeländes und das Projekt Aufgabenkritik. Hierbei handele es sich um viele aktuelle Dinge, die die Stadt nach vorne bringen würden. Im Übrigen habe er zwischenzeitlich signalisiert, dass die Bearbeitung des Stadtentwicklungskonzepts zurück gestellt werden müsse. Zudem stehe aufgrund einer Aufgabenverlagerung ab dem 01.10.2007 eine halbe Stelle in dem zuständigen Fachdienst zur Verfügung, die in das Projekt mit einbezogen werde.

Ratsmitglied Wieschebrink führte aus, es seien aktuell viele Dinge bewegt worden. Aufgrund dessen sei die Verwaltung ausgelastet, so dass nicht alle wünschenswerten Dinge parallel mit entwickelt werden könnten.

Ratsmitglied Gerke fragte, welche Aufgabe innerhalb der Verwaltung verlagert werde und ob die betroffene Person die Qualifikation zur Mitwirkung an der Neukonzeptionierung des Stadtentwicklungskonzepts besitze.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, die Aufgabe der Städtepartnerschaften werde vom Fachdienst Wirtschaftsförderung und Flächenmanagement in den Fachbereich Bildung und Freizeit verlagert. Innerhalb des Fachdienstes Wirtschaftsförderung und Flächenmanagement würden letztlich mehrere Personen an der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzepts mitwirken, so dass die Aufgabenverlagerung insgesamt zu einer Entlastung führe.

Ratsmitglied Knepper erklärte, er stehe zu seiner Aussage aus der Ratssitzung am 30.03.2006. Jedoch seien in der Zwischenzeit einige große Projekte angegangen und sichtbar umgesetzt worden. Aufgrund dessen sei für Planungen keine Zeit gewesen. Nun sei der Zeitpunkt gekommen, zu dem man sich wieder mit Zukunftsplanungen beschäftigen könne.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, die Kritik von Ratsmitglied Koch sei berechtigt. Tatsächlich hätte in dieser Angelegenheit schneller etwas bewegt werden können. Er habe nun die Erwartung, dass ohne einen großen bürokratischen Aufwand eine Weiterentwicklung oder Neukonzeptionierung des Stadtentwicklungskonzeptes erfolge.

Ratsmitglied Koch führte aus, es sei sehr wichtig eine grobe Richtschnur für die Zukunft zu finden. Beispielsweise bis zur erfolgreichen Ansiedlung an der Grevenbreite seien 15 Jahre vergangen. Die Schaffung neuer Perspektiven sei zwingend erforderlich, damit auch im Jahre 2020 noch große Projekte realisiert werden könnten.

Abschließend wurde vereinbart, dass ein Ansatz für die Weiterentwicklung bzw. Neukonzeptionierung des Stadtentwicklungskonzepts in einem interfraktionellen Gespräch besprochen werden solle.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**6. Anordnung der sofortigen Vollziehung zur gleitenden Auflösung der Antoniuschule und der Ketteler-Grundschule
Vorlage: 0673/2007/1**

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung wird aus Gründen des besonderen öffentlichen Interesses die sofortige Vollziehung des Ratsbeschlusses vom 15. Mai 2007 angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 35 Nein 1 Enthaltung 0
(Ratsmitglied Dr. Grothues war bei der Abstimmung nicht anwesend)

**7. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Beckum zum Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen
Vorlage: 0672/2007**

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Beckum zum Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0
(Ratsmitglied Dr. Grothues war bei der Abstimmung nicht anwesend)

**8. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe zur Erstellung eines Einzelhandelskonzeptes
Vorlage: 0658/2007**

Ratsmitglied Linnemann fragte, ob ein Einzelhandelskonzept rechtsverbindlich sei und wenn ja wie lange.

Frau Kirchberger erklärte, das Einzelhandelskonzept von 1992 sei mittlerweile umgesetzt worden. Dementsprechend sei die Neuerstellung sinnvoll. Der Rat könne auf der Grundlage der neuen Konzeption einen Selbstbindungsbeschluss fassen. Eine Rechtsbindung trete jedoch erst zu dem Zeitpunkt ein, wenn eine Umsetzung in einem Bebauungsplan erfolge.

Ratsmitglied Koch erklärte, ein Einzelhandelskonzept sei eine wichtige Grundlage und ein Instrument für eine geordnete Stadtentwicklung. Die Beauftragung sei nun aufgrund der beschlossenen Veränderungssperre notwendig. Letztlich werde es jedoch auch als Gestaltungskonzept dienen. Bisher stehe eine Größenordnung von 50.000 € im Raum. Er fragte, ob bereits konkrete Angebote vorliegen würden.

Frau Kirchberger führte aus, es seien vier namhafte Büros zur Abgabe eines Angebots aufgefordert worden. Die Angebote würden vorliegen. Momentan befinde sie sich in der Abstimmung mit der Örtlichen Rechnungsprüfung. Voraussichtlich werde die Summe von 50.000 € bei einer Auftragsvergabe nicht überschritten.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, die FWG-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. 50.000 € zur Verhinderung eines Ansiedlungsvorhabens sei zuviel Geld.

Ratsmitglied Koch führte aus, die Notwendigkeit der Erstellung des Gutachtens könne in der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden. Sachlich betrachtet gehe kein Weg daran vorbei. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag mehrheitlich zustimmen.

Ratsmitglied Knepper erklärte, die Erstellung eines neuen Gutachtens sei sachlich betrachtet erforderlich und sinnvoll.

Ratsmitglied Sadlau erklärte, die Veränderungssperre und die Erstellung des Gutachtens würden zusammen hängen. Im Angesicht der Forderungen, die ggf. noch auf die Stadt zukommen könnten, könne er der Einholung des Gutachtens nicht zustimmen.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, das Einzelhandelsgutachten diene zur Stärkung der städtischen Position. Darüber hinaus seien jedoch noch viele einzelne Punkte zu klären.

Ratsmitglied Wieschebrink erklärte, das Einzelhandelsgutachten sei nicht nur ein Verhinderungskonzept sondern solle ein Leitfaden für die zukünftige Entwicklung im Einzelhandelsbereich sein. Aufgrund dessen sei die Erstellung erforderlich und sinnvoll.

Beschlussvorschlag:

Der erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 50.000 € bei der Haushaltsstelle 1.61000.65525.999 - Erstellung eines Einzelhandelskonzeptes wird zugestimmt.

Die Deckung der Ausgabe erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 1.90000.00300.999 - Gewerbesteuer.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 31 Nein 6 Enthaltung 0

9. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe für den Radweg Vellerner Straße
Vorlage: 0667/2007

Beschlussvorschlag:

Der erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 48.000,00 € bei der Haushaltsstelle 2.63001.94047.999 (Baukosten Radweg Vellerner Straße) wird zugestimmt.

Zur Deckung werden die Haushaltsstellen 2.63001.36137.999 mit 33.600,00 € (Zuwendung Land für Radweg Vellerner Straße, Lückenschluss) und 2.63001.36203.999 mit 14.400,00 € (Zuwendung Kreis für Radweg Vellerner Straße) herangezogen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 36 Nein 0 Enthaltung 0
(Ratsmitglied Redegeld war bei der Abstimmung nicht anwesend)

10. Zustimmung zu einer erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe und einer erheblichen außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für den Umbau des Fahrradkellers zu einer Mensa im Albertus-Magnus-Gymnasium
Vorlage: 0671/2007

Frau Cappenberg gab einen ausführlichen Überblick über die Entwicklungen in dieser Angelegenheit in Bezug auf die Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.08.2007. Die detaillierte Ausarbeitung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt. Im Ergebnis sei es offenkundig, wie dringend der Bedarf zur Errichtung einer Mensa im Albertus-Magnus-Gymnasium sei.

Ratsmitglied Koch erklärte, das Thema sei bereits lange bekannt. Die Frage nach dem Fahrplan zur Umsetzung dieser Maßnahme könne durchaus gestellt werden. Letztlich bestehe ein großer Handlungsbedarf, worüber auch der Schul-, Kultur- und Sportausschuss fortlaufend informiert worden sei. Letztlich reagiere man durch die Einrichtung einer Mensa auch auf die Auswirkungen des neuen Schulgesetzes. Bei einer frühzeitigen Entscheidung über die Freigabe der Haushaltsmittel könne noch in diesem Jahr mit der Maßnahme begonnen werden. Im Ergebnis sei die Angelegenheit jetzt Entscheidungsreif.

Ratsmitglied Linnemann erklärte, die Einrichtung der Mensa werde als erforderlich eingeschätzt. Die Schulkonferenz und die Mitwirkungsgremien hätten für den Nachmittagsunterricht anstatt der Wiedereinführung von Samstagsunterricht entschieden. Dies werde unterstützt, da ansonsten der soziale Verbund der Familie leiden würde. Dementsprechend werde dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

Ratsmitglied Stöppel erklärte, der Bedarf sei nicht in Frage gestellt worden. Letztlich sei der Fahrplan entscheidend und 170.000 € seien eine Menge Geld.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, es solle keine Zeit verloren werden. Die inhaltliche Beratung werde in der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses am 11.09.2007 erfolgen.

Ratsmitglied Wieschebrink erklärte, nachdem die zusätzlichen Informationen vorgelegt worden seien, werde dem Beschlussvorschlag im Sinne einer zügigen Umsetzung der Maßnahme zugestimmt. Letztlich sollte das gesamte Bild vor einer Entscheidung in dieser Angelegenheit vorliegen. Einzelne Sachfragen könnten in der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses geklärt werden.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Gerke schilderte Frau Cappenberg die Einzelheiten der Maßnahme. Es handele sich um einen großen hohen Fahrradkeller, in dem brandschutztechnische Maßnahmen umzusetzen seien. Im Zuge der Neugestaltung sollten die Versorgungsleitungen unter der Decke sichtbar bleiben. Anstelle der bisherigen Kellerfenster sollten große Fenster bzw. Türen eingebaut werden. Des Weiteren müsse der Raum ausgestattet werden und auch ein neuer Fahrradunterstand errichtet werden.

Ratsmitglied Knepper fragte, ob ggf. unter Einbeziehung der Räumlichkeiten der Volkshochschule eine qualifiziertere Lösung möglich sei.

Frau Cappenberg erläuterte, diese Möglichkeit sei intensiv mit Herrn Dohler diskutiert worden. In der Volkshochschule gebe es keinen Raum, der die erforderliche Größe aufweise. Daher scheide dieses Gebäude für eine Unterbringung der Mensa aus.

Ratsmitglied Knepper erklärte, unter dieser Voraussetzung werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der erheblichen, außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 60.000 € im Jahr 2007 und der erheblichen, außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 110.000 € im Jahr 2008 bei der Haushaltsstelle 2.23000.94048.999 für den Umbau des Fahrradkellers zu einer Mensa im Albertus-Magnus-Gymnasium wird zugestimmt.

Die Deckung der erheblichen außerplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2007 in Höhe von 60.000 € erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.91000.31000.999, Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (Anteil Schulpauschale).

Die Deckung der erheblichen, außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2008 in Höhe von 110.000 € erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.69000.95254.082, Hochwasserschutz und Entwicklung der Werse im Außenbereich, Entwicklungskosten.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 36 Nein 1 Enthaltung 0

11. Unerhebliche über- und außerplanmäßige Ausgaben im II. Quartal 2007
Vorlage: 0674/2007

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte Auflistung über die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben im II. Quartal 2007 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

12. Anfragen

Renaturierung Hellbach

Ratsmitglied Pott führte aus, er habe in der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr Herrn Fernkorn gebeten, die Bevölkerung über einen Presseartikel in der Tageszeitung „Die Glocke“ über die Gründe für die anhaltende Verzögerung bei der Durchführung der Baumaßnahme zu informieren. Dies sei bis heute noch nicht geschehen. Er beantrage dies nun erneut.

Bürgermeister Dr. Strothmann erklärte, seiner Kenntnis nach seien Lieferschwierigkeiten der Grund für die zeitlichen Verzögerungen. Er werde Herrn Fernkorn beauftragen, umgehend die Öffentlichkeit über den weiteren Fortgang der Baumaßnahme in der Presse zu informieren.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 24.08.2007

Beckum, den 24.08.2007

gez.
(Dr. Karl-Uwe Strothmann)
Vorsitz

gez.
(Karsten Vehrenkemper)
Schriftführung